



MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 19. Juli 2016

166 / 2016

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Joachim Winkler
Pressesprecher
Telefon 06131 16-3460
joachim.winkler@mdi.rlp.de

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Pressestelle@mdi.rlp.de
Telefon 06131 16-3220

Verkaufsverfahren Hahn

Ministerium: Beratungskosten beschränken sich keinesfalls auf SYT

Mit Blick auf die Kritik des Steuerzahlerbundes in den Medien (dpa: Brüderle befürchtet beim Hahn-Desaster Verlust von Steuergeld) erklärt ein Sprecher des Innenministeriums: Das Verkaufsverfahren Hahn ist keinesfalls auf das Unternehmen Shanghai Yiqian Trading Co Ltd. (SYT) konzentriert. Entsprechend sind die bislang angefallenen Kosten des Verfahrens nur in begrenztem Umfang mit diesem Unternehmen zu sehen.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde 2012 als Transaktionsberater beauftragt. Wesentliche Gegenstände des Auftrags waren die Vorbereitung und Durchführung einer Markterkundung und in diesem Zusammenhang die Analyse von Modellen zur Weiterentwicklung des Flughafens Hahn sowie die Begleitung des Landes bei der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens. Hierzu zählen insbesondere die Erstellung der Verfahrensunterlagen für das Ausschreibungsverfahren, die Steuerung eines internationalen, transparenten Bieterverfahrens, die Erstellung und Zusammenführung der Unternehmensdokumentationen sowie Organisation und Abwicklung der Informationsmöglichkeiten (insbes. Datenraum) für ausgewählte Bieter, die Beantwortung von Bieterfragen, die Beratung bei der Vertragsgestaltung und Unterstützung bei Bieterverhandlungen, die betriebswirtschaftliche Beratung bei der Vertragsgestaltung, die regelmäßige Abstimmung der Verfahrensunterlagen und -stände mit der EU-Kommission, die informelle Vorabstimmung einer Notifizierung von Betriebsbeihilfen durch die EU-Kommission auf Basis des Businessplans des präferierten Bieters sowie die laufende Unterstützung des Auftraggebers bei der Vorstellung des Ausschreibungsverfahrens in Gremien des Landes.

Rechtberatungsleistungen werden durch die KPMG Rechtsanwalts-gesellschaft mbH erbracht. Hierzu zählt die rechtliche, insbesondere EU-beihilferechtliche und vergaberechtliche Beratung des Landes im Zusammenhang mit der Restrukturierung



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 19. Juli 2016

der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH (FFHG) und der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens. Ergänzt wird die Aufgabe durch die Einrichtung und Organisation eines virtuellen Datenraums. Darüber hinaus erfolgten drei Beauftragungen der KPMG zur Überwachung der Liquiditätsentwicklung der FFHG im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehensverträgen.

Die KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH wurde im August 2015 zudem mit der Durchführung einer Integritätsprüfung des auszuwählenden Bieters mit entsprechender Berichterstattung beauftragt. Dabei handelt es sich um eine Prüfung auf Gesetzesverstöße und Bonitätsrisiken auf der Grundlage verschiedener Quellen und Datenbanken, u.a. des National Bureau of Corruption Prevention of China, der Insurance Regulatory Commission China sowie der Securities Regulatory Commission. KPMG hat nach dem Ergebnis der Prüfungen keine Anhaltspunkte gesehen, die einem Verkauf des Geschäftsanteils des Landes an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH an die Shanghai Yiqian Trading Co. Ltd. entgegenstehen.

Im Zusammenhang mit dem Gesamtprojekt Flughafen Frankfurt-Hahn entstanden dem Land seit 2012 bislang aus der Beauftragung der KPMG insgesamt Beratungskosten von rund 6,25 Millionen Euro, die sich in einzelnen Phasen wie folgt aufschlüsseln:

		Pauschalen	Kosten Manntage	Anzahl Manntage	Auslagen/ Nebenkosten	Summe der Kosten
Neuausrichtung und Vorbereitung bis März 2015	Transaktionsberatung	827.000	618.000	301		1.445.000
	Rechtberatung		2.105.000	845	76.000	2.181.000
Ausschreibungsphase bis Nov./2015	Transaktionsberatung		558.000	278	9.000	567.000
	Rechtberatung		771.000	294	27.000	798.000
Verkaufs- und Verhandlungsphase bis heute	Transaktionsberatung		453.000	226		453.000
	Rechtsberatung		393.000	147	15.000	408.000
Beratung im Zusammenhang mit Gesellschafterdarlehen			357.000	151	42.000	399.000